



# HESSISCHER LANDTAG

11. 04. 2011

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
zu dem Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
betreffend keine Abschiebung von Roma und anderen  
Minderheitenangehörigen in das Kosovo  
Drucksache 18/3903**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Der Titel wird wie folgt gefasst:  
Keine Abschiebung von Roma und anderen Minderheitenangehörigen in das Kosovo, nach Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro.
2. Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:  
Der Landtag spricht sich gegen eine Rückführung von Roma, Aschkali, Ägypterinnen und Ägyptern und Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten in das Kosovo, nach Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro aus und fordert die Landesregierung auf, die Ermessensspielräume des Aufenthaltsgesetzes für einen sofortigen Abschiebestopp und die Gewährung von Aufenthaltstiteln, insbesondere aus humanitären Gründen, auszuschöpfen und die Erlasslage entsprechend anzupassen.
3. Absatz 2 wird wie folgt gekürzt:  
Die Landesregierung wird aufgefordert, ihren Vorsitz in der Innenministerkonferenz zu nutzen, um sich beim Bundesinnenminister und den Innenministern der Länder dafür einzusetzen, dass keine Abschiebungen von Roma und Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten durchgeführt werden und eine gruppenspezifische Bleiberechtsregelung für diesen Personenkreis umgesetzt wird.
4. Nach Absatz 2 wird als neuer Absatz 3 eingefügt:  
Die Landesregierung wird ebenfalls aufgefordert, sich in der Innenministerkonferenz für die Übertragung des Kontingentflüchtlingsgesetzes auf die Gruppe der Roma einzusetzen.

**Begründung:**

Für den Kosovo sind Diskriminierungen, rassistische Überfälle sowie Misshandlungen von Frauen und Kindern aus Minderheiten zweifelsfrei nachgewiesen. Das sieht auch das Europäische Zentrum für Antiziganismusforschung (Ezaf) in Hamburg so. Dessen Direktor Marko Knudsen spricht gar von einer "neuen Pogromstimmung". Bisher verhängte jedoch nur NRW als absolut humanitäres Minimum ein Abschiebungsmoratorium für die Wintermonate endend am 31. März 2011. Neben Antiziganismus und Gewalt haben Roma und andere Minderheitenangehörige im Kosovo, Serbien, Ma-

zedonien sowie Bosnien-Herzegowina und Montenegro auch große Schwierigkeiten, Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung zu erhalten. Studien von Amnesty und Human Rights Watch belegen dies. Sie berichten von grausamer Behandlung, Folter, Mord, Vergewaltigung und Polizeibrutalität. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die Lage der Roma und anderen Minderheitenangehörigen dort in naher Zukunft verbessern wird.

Angehörige der Roma und anderer Minderheitengruppen, die straffällig geworden sind, sollen ihre Strafe wie andere in Deutschland Lebende auch in Deutschland verbüßen. Sie sollen wissen, dass sie nach dem Verbüßen der Strafe - vor Abschiebung sicher - ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen und planen können und entsprechende Resozialisierungshilfen erhalten.

Wir haben als Deutsche eine besondere Verantwortung gegenüber den Roma. Während der NS-Zeit wurden mehrere Hunderttausend Roma von den Faschisten ermordet. Es sei erschreckend, meint der Direktor von Ezaf, dass "kein Land sich seiner historischen Verantwortung stellt" und die Roma wirksam schütze. Auch wir Hessen müssen diese Schuld anerkennen. Das haben wir ein Stück weit mit der im Landtag gezeigten Ausstellung "Hornhaut auf der Seele" gerade für unser Bundesland Hessen bekräftigt. Diese besondere Verantwortung sollte sich darin niederschlagen, dass den Roma und anderen Minderheitenangehörigen das gleiche Recht eingeräumt wird wie den sogenannten Kontingentflüchtlingen, also Juden, die aus der ehemaligen Sowjetunion einreisen und jederzeit ihren Wohnsitz hierher verlegen können.

Wiesbaden, 11. April 2011

Der Fraktionsvorsitzende:  
**van Ooyen**